

Die Parlamentswahlen: Eine historische Zäsur?

von Lucia de Carlo und Patrick Ziegenhain

Freie Wahlen stehen an! Zum ersten Mal seit in den Wirren der 50-er Jahre die parlamentarische Demokratie abgeschafft wurde, haben nun die Indonesierinnen und Indonesier die Möglichkeit, in einer freien Wahl ein Parlament zu wählen, das diesen Namen verdient und in dem der Regierung auch eine Opposition gegenüber sitzt.

Eine historische Zäsur in der Geschichte der Republik Indonesien steht am 7. Juni 1999 an, wenn 135 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sind, ihre Stimme für eine der zahlreichen Parteien abzugeben.

Die Wahl findet vor einem belastenden Hintergrund statt: Die Folgen der Wirtschaftskrise in Asien haben Indonesien besonders hart getroffen. Armut, ethnische Spannungen und bürgerkriegsähnliche Zustände erschüttern das Land. Manche sehnen sich bereits in die Zeit zurück als der damalige Präsident Soeharto mit Hilfe des mächtigen und überall präsenten Militärs noch für Zucht und Ordnung sorgte. Vielen gehen die Reformen des unbeliebten neuen Präsidenten Habibie nicht weit genug. Sie fragen sich, welche Legitimation hat dieser Protegé des alten Präsidenten überhaupt habe.

Alle in Indonesien hoffen jedoch, daß aus den Wahlen am 7. Juni eine handlungsfähige und demokratisch legitimierte Regierung hervorgeht, die die schwierigen Probleme des Landes anpacken und soweit möglich in den Griff bekommen kann.

Die Veränderung des Parteiensystems und der Parteien spielt beim Systemwechsel in Indonesien eine besondere Rolle. Parteien sollen als Transmissionsriemen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten; sie bilden die Schnittstelle zwischen Bürgern und der Regierung und sind ein Indikator für die Partizipation in einem Staat.

Grundlegende Änderungen der Verfassung wurden auf der Sondersitzung (*Sidang Istimewa*) der Beratenden Volksversammlung (MPR) vom 10.-13. November 1998 erarbeitet und verabschiedet. Diese

Verfassungsänderungen finden u.a. Ausdruck in dem Parteiengesetz (*Undang-undang RI No 2 Tahun 1999 tentang partai politik*, zweites Gesetz der Republik Indonesien 1999 über die Parteienpolitik) vom 27.01.1999.

Das Gesetz über die Parteien setzt fest, dass eine Partei in mindestens neun Provinzen und in der Hälfte der Distrikte in den jeweiligen Provinzen vertreten sein muss, um an den Parlamentswahlen teilnehmen zu können. Parteien können in allen Verwaltungsebenen vertreten sein. Ferner kann eine politische Partei verboten werden, wenn sie nicht die Pancasila in ihrer Parteiverfassung nennt, oder kommunistische Merkmale aufweist. Dasselbe Gesetz setzt fest, dass politische Parteien der nationalen Einheit und Einigkeit nicht schaden dürfen. Ein Supreme Court wird über Verletzungen der Gesetze durch die Parteien entscheiden.

Im letzten Jahr sind mehr als 180 Parteien in Indonesien gegründet worden, wobei 48 Parteien zu den Wahlen am 7. Juni 1999 zugelassen sind.

Im folgenden nun Kurzporträts der Parteien, die nach Meinung von Wahlforschern die größten Chancen haben, im neuen Parlament maßgeblich vertreten zu sein.

Golkar

Partai Golongan Karya (Golkar, Partei der funktionellen Gruppen) steht als ehemalige Hegemonialpartei der Orde Baru für das alte

undemokratische politische System. Für viele ist Golkar diskreditiert, weil sie lange als Instrument Soehartos einem autoritären System gedient hat. Mit Golkar werden die alten »Kader«, Ja-Sager, Korruption und Vetternwirtschaft in Verbindung gebracht. Spitzenkandidat von Golkar ist der derzeitige Präsident Habibie.

Wie sich die SED zur PDS in Deutschland wandelte, betont Golkar nun, dass sie im Mehrparteiensystem in Konkurrenz zu den anderen Parteien treten wollen. Sie nahmen im März 1999 ihren Anspruch einer gesamtgesellschaftlichen Kraft zurück und wurden eine normale Partei unter vielen.

Obwohl Golkar über die beste Organisation verfügen sollte, sieht sie sich mit dem Problem konfrontiert, dass sich besonders Amtsinhaber auf lokalem Niveau (beispielsweise Bürgermeister) von Golkar abgewandt haben. Die Verkettung Beamtentum und Golkar wurde gelöst, so dass die Attraktivität Golkar als Interessenvertretung für Beamte zunehmend an Bedeutung verliert. Eine weitere Schwächung erlitt Golkar durch die Abspaltung einer Fraktion, die eine eigene Partei, die PKP (*Partai Keadilan dan Persatuan*, die Rechts und Ein-

Lucia de Carlo studiert Südostasienkunde an der Universität Passau und war im Februar und März 1999 Praktikantin im Asienhaus Essen. Patrick Ziegenhain ist Politikwissenschaftler und im Asienhaus Essen tätig.

heitspartei) wurde. Viele Menschen befürchten, daß *Golkar* auf Grund der alten Strukturen sowie des nicht unerheblichen finanziellen Spielraums zahlreiche Wähler für sich gewinnen kann. *Golkar*, die Hegemonialpartei der Orde Baru, hat sich zwar etwas gewandelt, steht jedoch immer noch für die alten Eliten um den alten autoritären Herrscher Soeharto. Wieviele Stimmen *Golkar* erreichen wird, ist derzeit noch unklar. Das Ergebnis wird jedoch ein Gradmesser dafür sein, wie fair die Wahlen verlaufen sind.

PDI Perjuangan

Die *PDI Perjuangan* (*Partai Demokrasi Indonesia*, Demokratische Partei Indonesiens) ist eine Abspaltung von der ehemaligen Blockpartei PDI der Orde Baru. Unter der Führung der populären Tochter des Staatsgründers und früheren Präsidenten Soekarno, Megawati Soekarnoputri gilt PDI Perjuangan als eine der größten Favoriten für den Gewinn der Parlamentswahlen. Vor allem auf Java und Bali prägen seit Monaten Megawati-Anhänger mit den Parteisymbolen das Straßenbild.

Nationalismus, die Erhaltung der Einheit Indonesiens sowie soziale Gerechtigkeit bilden die Hauptschlagworte des wenig konkret geschriebenen Parteiprogramms. So kann derzeit kaum eingeschätzt werden für welche politischen Inhalte die PDI Perjuangan steht.

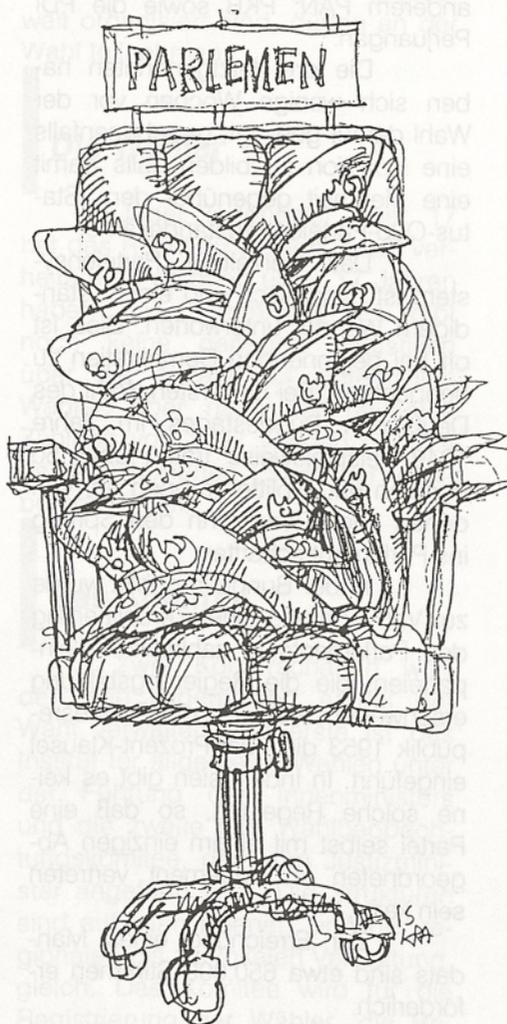
Da die PDI früher eine Blockpartei war, verfügt sie über eine ausgeprägte Organisation bis zur Distriktebene. *Megawati Soekarnoputri* hat einen starken Rückhalt in den ländlichen und urbanen Unterschichten, die sie als charismatische, ja schon gottähnliche Person verehren.

PKB

PKB (*Partai Kebangkitan Bangsa*, die Partei des Nationalen Erwachens) stützt sich auf die 35-Millionen starke Muslimorganisation *NU* (*Nahdatul Ulama*). Sie ist vor allem in ländlichen Gegenden stark und hat viele Stimmen, die einst die *PPP* erhielt, auf sich gezogen. Laut des überaus populären Führers der

PKB *Abdurrahman Wahid* sollen zunehmend auch Angehörige von Minoritäten zu der *NU*-Stammwählerschaft gewonnen werden.

Die *PKB* gibt sich offen für für alle Religionen, hat demokratische Grundsätze und betont Volkssouveränität und die Einigkeit Indonesiens. *Abdurrahman Wahid* ist wichtig, daß Staat und Religion getrennt werden sollten. Er steht für eine westlich-liberale Wirtschaftspolitik. Wie die *PDI Perjuangan* auf Megawati, ist die *PKB* sehr stark auf die Person des populären *Abdurrahman Wahid* fixiert.



PAN

Der Politikwissenschaftler Dr. Amien Rais, der durch seine oppositionelle Haltung gegenüber dem Soeharto-Regime populär wurde, gründete die *PAN* (*Partei Amanat Nasional*, nationale Mandatspartei) im August 1998. Dafür legte er seinen Vorsitz bei der zweitgrößten Musli-

morganisation *Muhammadiyah* nieder.

Während *PAN* in größeren Städten und Provinzhauptstädten bereits Fuß zu fassen beginnt, ist sie in ländlichen Gegenden spärlich vertreten und versucht dort verstärkt die Infrastruktur der Muslimorganisation *Muhammadiyah* zu nutzen. Besonders Angehörige der urbanen Mittel- und Oberschicht fühlen sich von *PAN* angezogen.

PAN wirbt für eine gemäßigte Partei, der bereits Muslime sowie in geringerem Maße Christen und Buddhisten angehören. Dem ehemaligen Präsidenten Soeharto gegenüber nimmt Amien Rais im Gegensatz zu Gus Dur eine abwehrende Haltung ein. Amien Rais gilt als Intellektueller, der argumentativ versucht für seine Partei zu werben. Im Vergleich zu den anderen Parteien ist das Programm der *PAN* sehr konkret. Als einzige der größeren Parteien hat sie auch föderalistische Pläne in die öffentliche Diskussion eingebracht.

Weitere Parteien

Die 48 Parteien, die zur Wahl stehen, haben sehr unterschiedliche Schattierungen. Die demokratische Reformpartei des in der Soeharto-Ära prominenten Oppositionellen Sri Bintang Pamungkas, *PUDI* (*Partai Uni Demokrasi Indonesia*, die vereinigte indonesische demokratische Partei), steht für einen demokratischen Kurs, der grundlegende Verfassungsänderungen sowie die Beschneidung der Macht des Militärs vorsieht. Andere Parteien wie *PARI* (*Partai Rakyat Indonesia*, Indonesische Volkspartei) gelten als Unterstützer des alten Systems des früheren Präsidenten Soeharto. Als radikal islamistisch und relativ gut organisiert gilt die *Partai Keadilan* (Gerechtigkeitspartei), der neben der anderen islamistischen Partei *PBB* (*Partei Bulan Bintang*, Partei des aufgehenden Sterns) gute Chancen auf einige Parlamentssitze eingeräumt werden. Ebenso wird wahrscheinlich *PADI* (*Partai Aliansi Demokrat Indonesia*, Partei der demokratischen Allianz Indonesiens), die einem nationalistischen Kurs folgt und als mögliche Koalitionspartner der *PDI Perjuangan*

gan bereitsteht, in das Parlament gelangen.

Die Einteilung der derzeitigen Parteien Indonesiens in den klassischen Typologiekriterien links, rechts, liberal ist kaum möglich. Die Unterscheidungen der Parteien liegen vielmehr im Spannungsfeld säkular — religiös. Während *Golkar* und die *PDI* Religionen in ihrer Programmatik nicht berücksichtigen, agieren *PAN* und *PKB* als Vertreter gemäßiger islamischer Interessen. Auch beim Thema Nationalismus gibt es Abstufungen. Insbesondere die *PDI* gibt sich betont nationalistisch, während beispielsweise die *PAN* diesen Aspekt nicht betont und Amien Rais wiederholt äußerte, ein föderalistisches Modell in Indonesien zu favorisieren.

Ein anderes Unterscheidungsmerkmal sind die Wähler. Während *Golkar* noch als Interessenspartei der Beamten gilt, erhält *PAN* seine Unterstützung aus der Bildungsschicht. *PKB* und *PDI* haben viele Wähler aus wirtschaftlich schwachen Milieus. Ein charakteristisches Element der Parteien ist die starke Personalisierung und Identifizierung mit den Parteiführern.

Viele Parteien und deren politische Elite sind noch ungeübt in ihrer Rolle und tun sich dementsprechend schwer unabhängig konkrete Programme zu formulieren, deshalb ist eine endgültige Einordnung der Parteien nicht möglich.

Reformasi versus Status Quo

In vier wichtigen Fragestellungen sind allerdings signifikante Meinungsunterschiede festzustellen. Da ist erstens die Frage, ob das Militär weiter eine Rolle in der Politik spielen sollte und ob die Dwiungsi-Doktrin abgeschafft werden sollte. Zweitens gibt es unterschiedliche Meinungen, ob die Verfassung von 1945 grundlegend geändert werden sollte oder nicht. Eine weitere wichtige Fragestellung ist, ob eine Dezentralisierung des Landes bis hin zu föderalen Strukturen sinnvoll und notwendig sei. Schließlich gibt es auch unterschiedliche Ansichten, was mit Ex-Präsident Soeharto und seinen Kindern geschehen soll und wie die Menschenrechtsverletzun-

gen der *Orde Baru* aufgearbeitet werden sollen.

Eine grobe Zweiteilung des Parteienspektrums wird in den Wochen vor der Wahl von zahlreichen Analysen vorgenommen. Man unterscheidet zwischen Parteien, die für den Status Quo stehen also möglichst viele Elemente aus der *Orde Baru* übernehmen wollen, und zwischen Parteien, die für eine weitreichende Reform (*reformasi*) des politischen Systems und eine umfassende Demokratisierung eintreten. Zu den »Status-Quo-Parteien« werden vor allem *Golkar*, aber auch zahlreiche kleinere Parteien gerechnet. Zu den »Reformasi-Parteien« gehören unter anderem *PAN*; *PKB* sowie die *PDI Perjuangan*.

Die drei letztgenannten haben sich wenige Wochen vor der Wahl darauf geeinigt, gegebenenfalls eine Koalition zu bilden, falls damit eine Mehrheit gegenüber den »Status-Quo-Parteien« zustandekäme.

Das derzeitige Parteiensystem ist dynamisch und einem ständigem Wandel unterworfen. Dies ist oft bei beginnenden Demokratien zu beobachten. Bei der ersten Wahl des Deutschen Bundestages im Jahre 1949 beispielsweise traten über 50 Parteien und Splittergruppen an, von denen auch über zehn den Sprung ins Parlament schafften.

In der Bundesrepublik wurde zur Verhinderung einer Zersplitterung des Parlaments in zahlreiche Kleiparteien, die die Regierungsbildung erschwerten, wurde in der Bundesrepublik 1953 die Fünf-Prozent-Klausel eingeführt. In Indonesien gibt es keine solche Regelung, so daß eine Partei selbst mit einem einzigen Abgeordneten im Parlament vertreten sein kann.

Zur Erreichung eines Mandats sind etwa 650.000 Stimmen erforderlich.

Eine hohe Wahlbeteiligung mit wahrscheinlich über 70 Prozent wird derzeit erwartet: Ein Beweis für die hohe Bedeutung die die indonesische Bevölkerung diesen ersten freien Wahlen seit langem beimißt.

Einige Regelungen, die für diese Wahlen gelten, sind jedoch undemokratisch. So wurden dem Militär automatisch 38 der 500 Parlamentsitze zugestanden; eine Sonderregelung, die zwar als Zugeständnis bei Systemwechseln in anderen Ländern

hin und wieder gemacht wurde, aber eine vollständige Demokratisierung des Landes erschwert.

Eine undemokratische Regelung ist darüber hinaus in Artikel 39 Absatz 3 des Wahlgesetzes vorgesehen. Parteien, die bei dieser Wahl weniger als zwei Prozent der Stimmen erhalten, von den in fünf Jahren stattfindenden Wahlen ausgeschlossen sein sollen.

Eine Besonderheit des neuen Parteiensystems ist, wie bereits erwähnt, die Personalisierung und charismatische Ausrichtung auf die Führungspersonlichkeiten anstelle von Programmatik. Dies könnte die innerparteiliche Demokratie gefährden, wenn die Führungspersonen zu Parteipatriarchen werden, die losgelöst von der Partei, diese nur als Vehikel für ihre persönlichen Machtziele benutzen.

Erschwerend im Demokratisierungsprozess ist sicherlich auch die wirtschaftliche Lage, die zu politischer Instabilität und Gewalt auf den Straßen beiträgt.

Eine andere Gefahr ist, dass aus den Wahlen ein Parlament hervorgeht, in dem übermäßig viele Parteien vertreten sind, so dass die Mehrheitsfindung und Regierungsbildung enorm schwierig wird. Dies könnte bedeuten, dass das Parlament nicht handlungsfähig ist und so die Gefahr besteht, daß autoritären Kräften Vorschub geleistet wird.

Dennoch und trotz aller Widrigkeiten und Gefahren bieten die Parlamentswahlen eine große Chance für eine neue demokratische Ordnung in Indonesien. Es bleibt zu hoffen, daß die zu erwartenden gewalttätigen Auseinandersetzungen im Umfeld der Wahlen den Demokratisierungsprozeß nicht substantiell gefährden.

Die Parlamentswahl bietet die Möglichkeit für Indonesien, eine demokratisch legitimierte Führung zu erhalten, die sich für die Umsetzung eines Systems der »checks and balances« stark macht, und somit auch die Chance für einen demokratischen Neuanfang.